

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst (von der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, außer Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.50 — Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: St. Jungferstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: St. Jungferstraße 14. Tel. 1769.
Verlagsort: Dresden.
Verlag: J. Neumann, Neudammstr. 14.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Dauerzahlung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 30 Pf. Inzerate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 161.

Dresden, Freitag den 15. Juli 1910.

21. Jahrg.

Regierungselend.

Die Koloniale Rundschau hat eine **Dernburg**-Nummer veranstaltet, in der sich verschiedene bekannte Persönlichkeiten über die Tätigkeit des früheren Kolonialsekretärs in lobpreisender Weise äußern. Auch der Vater des Gefeierten, der bekannte Mitarbeiter des Berl. Tagebl., Herr Friedrich Dernburg, beteiligt sich an dieser seinem Sohn zuteil gewordenen Ehre durch einen Artikel, der nicht gerade geschmackvoll, aber doch in einigen Wendungen, die über das rein familiäre hinausgehen, recht interessant ist. Dernburg Vater erzählt, daß ihm sein Bernhard schon vor Jahresfrist angekündigt habe, er werde zu Ostern „sein Dienstbuch fordern“, da er bis dahin sein organisatorisches Programm durchgeführt haben werde. Dann heißt es weiter:

„Eine lediglich verwaltende Tätigkeit entsprach weder seinen Neigungen noch konnte sie ihn politisch befriedigen; dies um so weniger, als die Staatssekretäre des Reichs ohne jeden Einfluß und häufig selbst ohne Kenntnis bezüglich der Ziele der Regierung und ihrer oft wechselnden Begleitungen zu den Parteien sind, ein für ihre parlamentarischen Aufgaben unzureichendes Verhältnis.“

Diese Dernburgsche Darstellung bestätigt, was über die Stellung der Staatssekretäre und die Zustände in der Reichsregierung schon längst bekannt ist. Diese Stellung ist eine durchaus subalterne und entspricht in keiner Weise der Position, die ein Minister in einem konstitutionellen Staate einzunehmen pflegt. Ein Minister ist unter gewöhnlichen Umständen der Kollege des Ministerpräsidenten, ein deutscher Staatssekretär ist aber weiter nichts als der Kuli des jeweiligen vom Kaiser ernannten Reichskanzlers. Daß Herr Dernburg einem **Wethmann-Hollweg** gegenüber nicht in dieser untergebenen Stellung verbleiben wollte, kann ihm niemand übelnehmen; ein irgendwie selbständiger Mensch geht diesem Selbstherrschertum der absoluten Unfähigkeit lieber in weitem Bogen aus dem Wege. Und sollen in Zukunft die Staatssekretäre des Reichs Männer sein, keine bloßen Kompagnonier und Prügelknaben, die für die Ungeschicklichkeiten anderer Leute ins Gebet genommen werden, dann müßte die Schaffung eines verantwortlichen Reichsministeriums, das die Sozialdemokraten im Reichstag schon so oft gefordert haben, zur unbedingten Notwendigkeit werden.

Herr Dernburg scheint allerdings in die künftige konstitutionelle Entwicklung des Reichs keine übermäßigen Erwartungen zu setzen, denn sein Vater benutzt die Gelegenheit, um Wilhelm II. empfehlend in Erinnerung zu bringen und von dem Rosenbermann Willow möglichst weit abrücken zu lassen. Der Vater erzählt nämlich weiter, daß Bernhard einer ganzen Veranlassung nach von einer Regierung Schwäche um wenigsten vertragen könne. Und die Preisgabe des kaiserlichen Ansehens unter Fürst Willow hat er für einen schweren Fehler gehalten.

Das ist doch wahrhaftig mehr als sonderbar, daß der „liberale“ Staatssekretär Dernburg hier durch den Mund seines Vorgesetzten dem Fürsten Willow den Vorwurf macht, er habe das kaiserliche Ansehen preisgegeben. Es war doch wahrhaftig

nicht Willow, der die Schuld daran trug, wenn das Ansehen Wilhelms II. Schaden litt. Dernburg, Vater und Sohn, reden hier aber ganz im Ton und Stil der Martinlegende, die den Kaiser als das Opfer einer Intrige des Fürsten Willow hinstellen versucht. Und diese geschmeidige Anpassung an die abenteuerlichste byzantinische Geschichtslitteratur — verliert durch einen Mann oder im Interesse eines Mannes, der um 1908 dem Fürsten Willow näher stand als irgendein anderer Staatssekretär — läßt begründete Schlüsse darüber zu, aus welcher Ecke jetzt in den oberen Regionen der Wind bläst.

Die Martinlegende wird zur Defensivformel, die jeder beschwören muß, der Minister ist oder es wieder werden will.

Aus Baden.

Aus Karlsruhe wird vom 14. Juli gemeldet: Bei der Abstimmung in der Zweiten badischen Kammer über das Finanzgesetz (Budget) haben die sozialdemokratischen Abgeordneten bis auf drei ihrer Mitglieder für das Gesetz gestimmt. Die Genossen West, Womisch und Stodinger verließen vor der Abstimmung den Saal. Genosse Franz gab im Namen der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

Die Fraktion habe ursprünglich beschlossen, gegen das Finanzgesetz zu stimmen. Weil aber die Erste Kammer am Tage zuvor die von der Zweiten Kammer und der Regierung gewollte Gemeindeordnung verschlechtert habe, trete die Fraktion jetzt für das Budget ein.

Die Annahme des Budgets erfolgte dann einstimmig. Ueber die Vorgänge, die die badische Fraktion zu ihrem Verhalten veranlaßt haben, wird uns durch das sozialdemokratische Pressebureau berichtet:

Am Mittwoch hat es das badische Oberhaus fertig gebracht, der nötigen Reform der badischen Städte- und Gemeindeordnung in Baden eine Gestalt zu geben, die die Zweite Kammer gar nichts anderes tun kann, als den Durchschlagskraft des elende Pilsener zerlassen vor die Füße zu werfen. Die Vertreter des Großkapitals bündelten sich gegen die Verteilung eines gerechten Kommunalwahlrechts; ihnen schloß sich der Vertreter der badischen Junker, Freiherr v. Sickingen. Dazu gesellte sich der Präsident Dornier vom Oberlandesgericht Karlsruhe, der mit Argumenten die Ablehnung des Entwurfs begründete, die man vor 20 Jahren als höchste Staatsmännliche Würde der Reaktionäre pries.

Diesen Reaktionären gegenüber nahm sich Minister v. Wobmann direkt wie ein Fortschrittler aus. Er hielt die Justizreform für ungerecht und plädierte für einen sozialen Ausgleich durch die Sechsteilung. Zu einer Aufhebung der Klassenmacht bemühte sich auch Herr Wobmann nicht aufzuschwingen, immerhin waren seine Ausführungen beachtenswert. Die Leistungen für die Gemeinden lägen nicht nur im Besonderen, sondern auch im Denken und Handeln der Bürger. In der dritten Klasse seien Verhältnisse vorhanden, deren Arbeit von großem Werte für die Gemeinde sei. Wir müßten Vertrauen zu unserem Volke haben. Der Sozialdemokratie solle man Gelegenheit zu gedehnter Mitarbeit geben.

Wie eine kalte Dusche wirkte es auf die Rückwärtsfahrer, als sich der Bruder des Großherzogs, der in der Ersten Kammer präsidierte Prinz Max, kurz vor der Abstimmung erhob und sich

mit den Ausführungen des Ministers v. Wobmann durchaus einverstanden erklärte.

Das System der Sechsteilung wurde wieder gestrichen, so daß das Gesetz die alte Fassung behält und von einer Fortentwicklung keine Rede mehr sein kann. Der Antrag ging von dem Kommerzienrat Teilschneider aus und wurde mit 18 gegen 15 Stimmen angenommen. Darauf erfolgte die Abstimmung über das ganze Gesetz. Mit der Verschlechterung fand es gegen 5 Stimmen Annahme. Das Gesetz geht nunmehr an die Zweite Kammer zurück.

Es ist ersichtlich, daß die sozialdemokratische Fraktion unter dem Eindruck besonderer politischer Vorkommnisse den Entschluß, ihre zuvor beschlossene Haltung zu ändern, sehr schnell gefaßt hat. Anscheinend hat die überaus reaktionäre Haltung der Ersten Kammer und andererseits die verhältnismäßig entgegenkommende Haltung des Regierungsvizepräsidenten Ministers v. Wobmann unsere Parteigenossen zu der Ansicht gebracht, daß es in solcher Situation nicht angängig sei, von unserer Seite der Regierung durch Ablehnung des Finanzgesetzes das schärfste Mißtrauen auszusprechen.

Wir bezweifeln, ob es wohlgetan ist, bereits gefaßte Entschlüsse so schnell umzuändern. Man muß doch annehmen, daß der zuvorige Beschluß der Fraktion, das Budget abzulehnen, ein wohlwollender war. Dann aber ist es doch sehr bedenklich, sich von Ereignissen, allzu schnell und allzu weit umstimmen zu lassen. Es ist dies aber um so bedenklicher, wenn es sich um eine politische Aktion handelt, die in unserer Partei so stark umstritten ist, wie die Frage der Zustimmung zum Budget in den Einzelstaaten.

Die in dieser Frage auf dem Nürnberger Parteitag gefaßte Resolution fordert die Verweigerung des Budgets seitens der sozialdemokratischen Fraktionen, „es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde“. Wir werden die weiteren Mitteilungen der badischen Genossen abwarten, um zu beurteilen, ob sie zu dem Glauben berechtigt sein könnten, daß ihre Abstimmung sich mit dem Nürnberger Beschluß vereinbaren läßt.

Der Wortführer wendet sich in einem längeren Artikel gegen die badische Landtagsfraktion, deren Beschluß von Grund aus als verfehlt anzusehen sei und gegen die Nürnberger Resolution verstoße. Die Partei könne sich der unangenehmen Aufgabe nicht entziehen, aufs neue ihren Willen zu bekunden, daß die Einheit der politischen Aktion gewahrt werde. Die Frage müsse unter allen Umständen ihre Lösung auf dem nächsten Parteitage finden.

Die englische Flottendebatte.

Im englischen Unterhause begannen am Donnerstag die Debatten über den Flottenaushub von 8444 000 Pfund Sterling (etwa 88 Millionen Mark). Dillan (Nationalist) beantragte eine Herabsetzung um zwei Millionen Pfund. Er setzte auseinander, daß die Wirkung der Herabsetzung einfach darin bestehen würde, die

wie auf ihren Ruf bedacht sind, malen nicht mehr die englische Gold gefalt, die tränenreiche Dulderin, das stolze deutsche Feldwebel auf dem Kreuzthron, die Repräsentantin aller sittlichen Wächter gegen die in Napoleon verlorbene Unmoral. Selbst Kaiserin, der aus dem archaischen Quellen schöpfende neueste Biograph Luifens, vermag seine gelehrte Halbgötterin nur zu retten, indem er ihren Mann als einen ganz absonderlichen Auswuchs eines mährischen, launischen, höchst beschränkten und selbstherrlich tobenden Willkürs (Silber), dem sich dennoch Luise in selbstverleugender Gattenspflicht untergeordnet habe, woraus denn ihre Schwächen und Schwankungen zu erklären seien. In der Tat steht das gar nicht komplizierte Bild der Königin heute völlig fest, obwohl gerade die Aufzeichnungen ihrer Vertrauten nur in großer Verstimmlung herausgegeben worden sind. So hat die Oberhofmeisterin Luifens, die Gräfin Voh, nach einem neueren Zeugnis der Bekyerta ihres Tagebuchs „über die Entlassungen des Freiherrn vom Stein sehr viel gesagt — was sich jedoch zur Veröffentlichung nicht eignet“. Auch die aufschlußreichen Memoiren des Herrn von Martwig sind an den entscheidenden Stellen auch in ihrer neuen Ausgabe zensuriert worden. Doch wir bedürfen solcher Verkräftigungen der sicheren Wahrheit nicht mehr.

Die Königin Luise mag die entscheidende Frau der Weltgeschichte gewesen sein, nur ist sie eben nicht das, was man ihr nachsagt, um sie als Heilige gebrauchfertig zu machen.

Als sie in Wien Napoleon gegenüber trat und das ihr von Hardenberg aufgesetzte auswendig gelernte Konzept herzusagen begann, stellte sie sich dem Kaiser, der es besser wußte, als die gängliche unpolitische Frau und Mutter vor. Aber gerade in diesem Augenblick trieb sie wieder Politik, die einzige, die sie kannte, und die sie stets getrieben hat: ohne Kenntnis der Dinge, ohne Verständnis der Zusammenhänge, in leichten Gefühlschwüngen, durch den Zauber ihrer verführerischen, umschwärmten Weiblichkeit zu wirken und diesen erprobten Reiz in den Dienst zu stellen zu lassen, die durchaus nur die engsten politischen und Familieninteressen waren. Wir kennen von Luise keine Äußerung, die auf irgendein Verständnis oder nur eine Teilnahme an den Reformen nach 1806 schließen lassen. Wir kennen auch kein Wort von ihr, das sie fähig zeigt, die Ursachen des fürchterlichen Zusammenbruchs zu verstehen. Der aus dem Rot entproffene Teufel, Napoleon, trägt die Schuld, was sie nicht hindert, wiederholt zu versuchen, den Teufel durch den Zauber ihres Rantentums zu bannen. Oder das Unglück des Vraunschwingers hat das Unglück beraubt, oder die Unzuverlässigkeit des russischen Generals von Bennigsen. (Schluß folgt.)

Die preußische Heilige

Zum hundertjährigen Todestag der Königin Luise (19. Juli).

Am 19. Juli 1810 schrieb der bekannte und vollständige Verleger Karl Schmid in sein Tagebuch — die Bemerkungen sind wirklich beachtenswert —: „Von gestern Abend um 11 Uhr an bis heute früh um 4 Uhr am Bett der Königin gelegen, die die ganze Zeit über meine rechte Hand in der ihrigen hielt. Diese Nacht ist die herrlichste Nacht, die ich je gehabt habe, für mich gewesen. Ich war so müde, daß ich fast alle Minuten einschlief, wobei Luise mich auch gab, zu wachen, da das die Umstände erforderten, indem die Königin immer engstirniger wurde und kaum laut reden konnte und doch oft mit mir reden wollte. — Um 9 Uhr starb die Königin, während die ich die Frau in des Königs Staaten, von der besten der vergangenheit! ... Der König betrug sich gut.“ Der König, der vom Kriege mit einem so merkwürdigen Zeugnis des Hochverhaltens ausgestattet wurde, schritt in der Todesnacht eine der höchsten Kosten Luifens ab und legte sie für die Nachwelt in ein Grab, auf das er schrieb: „Abgeschnitten in der traurigsten Nacht meines Lebens.“ Der König hat später eine zweite Heilige geschaffen, die selbst die preussische Geschichtsschreibung nicht zu einer Heiligen zu erheben vermag hat.

Luise hatte noch in ihren letzten Tagen die häßliche Frauenglimmernde Schattigkeit bewahrt, die ihr eigen war. Als sie ihren unerbittlichen Geschwister ihren Besuch in Reustreik anfündigte, um von da nicht zurückkehren sollte, schrieb sie auf den Briefumschlag: „Wir bringen keinen Krieger mit; wenn ich den Hals breche, so lebt mit ihm Hieronymus (der Leibzoge des Königs) wieder an.“ Und einen Monat vor ihrem Tode unterzeichnete sie einen Brief nach: „Luise Auguste Wilhelmine Reine de Prusse née le 10 Mars 1776, das heißt ich noch nicht, geborene Prinzessin von Mecklenburg.“

So fühlte sich die Frau und so starken Frauenstolz übte sie auf die ersten Männer nicht-byzantinischer Art wie den Dr. Feim. Wenn man nicht mehr von ihr wissen und sagen würde als kleinen niedlichen Dinge trauriger Art, so würde man die nach einem Jahrhundert nicht mehr aus ihrer Grabesruhe holen. Aber das Schicksal sagte es, daß diese hübsche und doch auch leicht verstimme Frau mit ihren vermalten Händen verzierend und verhängnisvoll eingriff, und daß lebenswichtigen phantastische heilige Geschichtsschreibung aus der Welt jenseits eine Heilige und Märtyrerin zu färbem vermochte, so daß gelehrtem Menichentum, zu dem gerade Luise die unbedingte Reizung und Krönung hatte. Wenn etwas be-

wunderungswürdig ist, so gerade die umgekehrte Erscheinung, daß sie nicht über sich hinauszuwachen versucht hat, selbst nicht in einer so schweren Zeit, wo auch der gewöhnlichste Mensch den Drang zum opfernden Heroismus leicht befaßt.

So ist es kein zufälliges Zusammentreffen, daß an ihrer Bahre, da ein förmlicher protestantischer Marienkult begann, der bestreute Krieger erschütterter der schönsten Frau und der besten Vergewaltigen gebildet, der größte Staatsmann aber, den Preußen jemals besaßen hat, der einzige von weltgeschichtlichem Ruf und deshalb auch von geschichtlicher und gedächter Erfolglosigkeit, daß der Freiherr vom Stein sich nicht entschließen konnte, dem Witwer sein Beileid zu äußern, um nicht von den häuslichen Umgebungen des Königs, die „mit der Verachtung, die ich gegen sie hege, mit einem unablässigen Haß vergelten“, eigenhändiger Spekulationen verdächtigt zu werden. Stein wußte, daß Luise, deren Gefühl für das Gute nach seiner bitteren Bemerkung der Ausdauer erbeutete, eifrig an jenen dunklen Intrigen, und zwar aus niedriger persönlicher Verstimmlung, mitgewirkt hatte, die zu seinem zweiten Sturz im Jahre 1806 geführt hatten.

Wenn gleichwohl diese höchst menschliche Frauengestalt ins Heilige und Erhabene empor gehiebert worden ist, so entspringt solch ein unwohlüberlegtes dynastisches Bedürfnis. Die wunderwürdige Heilige wurde erfunden, damit ihr mystischer Glanz die Zeit der grauenvollsten, unrettbaren Schwach der preussischen Monarchie überstrahlte. Eine andere Figur war nicht da, die sich mit noch so viel Aufwand für diesen Posten eignete. Der Charakter des Königs blieb jedem Vereinerungsberechtigten unzugänglich. Das verantwortliche Junkertum, das den Verrat und die Freigabe organisiert hatte, ließ sich ebensowenig aufpassen. Die bedeutenden Männer des Zeitalters endeten in verzweifelter Rede mit den Wächtern des Hohenzollernschen Junkertums, sie waren kaum weniger verdächtig und verfuhr als die Revolutionäre.

Wies also nur Luise, die den dunkel fließenden Abgrund ausfüllen mußte. Deshalb auch die zähe Beharrlichkeit, mit der man die Luiselegende zu erhalten bemüht ist. Nach 100 Jahren zieht für ihre Reinheit der ganze Reichsverband ins Turnier. Erst vor einiger Zeit hat aus diesen Kreisen ein Mann eine umfangreiche unglücklich entwirrtete Wrochüre zusammengestoppelt, nur zu dem einen Zweck und mit dem eines „Hohenzollernlegende“, Wehring in „Jena und Tüft“ und besonders ist in meinem „Ende des Reichs“, obwohl wir doch nur mehr oder minder ausföhrlich die ungeweihtesten Urkunden nachgezeichnet haben.

Inzwischen das Übermaß der schminkehen Verlogenheit wird doch nur Luifens Ruhm selbst zum Verhängnis. Historiker, die nur irgend